

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ing. Westenthaler, Dr. Jarolim

Kolleginnen und Kollegen

Betreffend umgehende Festsetzung von Höchstpreisen für Treibstoffe gemäß Preisgesetz 1992 durch den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

eingebraucht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage betreffend Versagen von Wirtschaftsminister Bartenstein bei der Bekämpfung der Teuerung in der 70. Sitzung des Nationalrates vom 12. September 2008

Die österreichische Bevölkerung leidet seit Winter 2007/2008 unter drastisch steigenden Treibstoffpreisen. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass der Wettbewerb in diesem Sektor nicht ausreichend funktioniert, um die Preissteigerungen einzubremsen.

Das Preisgesetz wurde unter anderem geschaffen, um staatlichen Einfluss auf die Höhe von Treibstoffpreisen nehmen zu können, wenn auf Grund bestimmter, belegbarer Tatsachen Grund zur Annahme besteht, dass der von einem oder mehreren Unternehmen dafür geforderte Preis oder eine vorgenommene Preiserhöhung die internationale Preisentwicklung in einem ungewöhnlichen Maß übersteigt und dies volkswirtschaftlich nachteilige Auswirkungen hat.

§ 2 Preisgesetz normiert außerdem, dass für Sachgüter, für die Lenkungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen (...) getroffen werden, (...) die Behörde für die Dauer dieser Maßnahmen volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise bestimmen kann. Für Erdöl regelt das Erdölbevorratungs- und Meldegesetz in diesem Zusammenhang die entsprechenden Lenkungsmaßnahmen, die die Importeure von Erdöl und Erdölprodukten verpflichten, für den Krisenfall Pflichtnotstandsreserven zu halten. Vorratspflichtige haben ab 1. April jeden Jahres je 25% des Importes an Erdöl und den einzelnen Erdölprodukten sowie Biokraftstoffen und Rohstoffen zur direkten Erzeugung von Biokraftstoffen im vorangegangenen Kalenderjahr als Pflichtnotstandsreserven im Inland zu halten.

Gemäß der Verfassungsbestimmung § 5a des Preisgesetzes hat der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit einen Höchstpreis für Treibstoffe für die Dauer von sechs Monaten zu bestimmen. Dies ist eine Verpflichtung des zuständigen Preisministers, welcher er von Amts wegen nachkommen muss.

Dear Sir

C. M.

P. A. S.

Verf. Weller